



Pressespiegel zur Asylpolitik vom 15. August 2017

Erstellt von Mark Gärtner
gaertner@sprev.de

Geschehenes – Kurzmeldungen:

Blick nach Europa und die Welt

- Bei zwei Vorfällen haben Schlepper*innen vor der Küste Jemens Schutzsuchende gezwungen, auf hoher See die Boote zu verlassen. Am ersten Tag waren es 120 Menschen, danach betraf es weitere 180. Mindestens 50 wurden noch vermisst. Mindestens 30 Menschen sind bei beiden Vorfällen umgekommen.
<https://www.tagesschau.de/ausland/iom-schlepper-101.html> (10.08.17)
- Das Regional Mixed Migration Secretariat des Dänischen Flüchtlingsrats beobachtet seit Jahren die Flucht- und Migrationsbewegungen zwischen dem Horn von Afrika und der Arabischen Halbinsel. In 2016 kamen 117.107 Menschen äthiopischer und somalischer Staatsbürgerschaft zunächst in Jemen an. Ihr Ziel: Saudi-Arabien und die anderen Golfstaaten. Der Zusammenbruch der staatlichen Gewalt Jemens erleichtere die Ankunft. Doch danach drohen Inhaftierung und Versklavung. Die Internationale Organisation für Migration wies bereits 2014 nach, dass Sklav*innen auf Qat-Farmen arbeiten würden. Wenn die Menschen es nach Saudi-Arabien schaffen droht ihnen dort wieder die Abschiebung. In 2013 und 2014 wurden 200.000 Menschen äthiopischer und somalischer Staatsbürgerschaft sowie 500.000 Menschen jemenitischer des Landes verwiesen. Die Schutzsuchenden geraten währenddessen ins Kreuzfeuer der Kriege in Jemen und Somalia. Ihre Flucht wird zum Geschäft wenn die Shabaab-Milizen in Somalia Schutzsuchende auf Boote Richtung Jemen schicken und Al-Qaida in Jemen Waffen zurücksendet.
<http://www.taz.de/!5433445/> (11.08.17)
- Die Zahl der Menschen, die über das Mittelmeer fliehen hat sich von Juni auf Juli mehr als halbiert. Waren es im Vormonat noch 24.000, flohen im Juli 11.000 Menschen. Die Abschottungspolitik von EU und hier insbesondere Italien sei aber nicht der Grund. Die volatile Situation in Libyen bedinge, dass Schlepper*innennetzwerke sich ständig neu anpassen müssten, dass sie bestimmte Häfen und andere Ablegepunkte nicht mehr nutzen könnten. Zudem suchten sich die Banden auch neue Geschäftsfelder wie den Ölschmuggel. Die libysche Küstenwache bringt außerdem vermehrt Menschen wieder nach Libyen zurück, lasse aber die Boote verbündeter Schlepper*innenbanden passieren.
<http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-08/fluechtlinge-mittelmeer-italien-libyen-kuestenwache> (11.08.17)

- Die Nichtregierungsorganisation Oxfam hat unter in Sizilien ankommenden Fliehenden eine Studie zu ihren Erfahrungen auf der Flucht durchgeführt. 158 Geflüchtete wurden befragt. 74% gaben an, sie hätten Folter oder Mord an Anderen beobachtet, 84% wurden selber zum Opfer von körperlicher Gewalt oder Folter. 80% sei in Libyen über längere Zeiträume Nahrung und Wasser verweigert worden. Berichte über Inhaftierungen in unterirdischen Kerkern wurden aufgenommen. 30 von 31 befragten Frauen wurden Opfer sexueller Gewalt.

<http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-08/fluechtlinge-libyen-oxfam-bericht-vergewaltigung-zwangsarbeit> (09.08.17)
- Vor allem die NGO Jugend rettet steht im Fokus italienischer Behörden. Der Vorwurf lautet, sie habe weniger das Interesse Geflüchtete zu retten. Ihr sei viel mehr daran gelegen, mit Schlepper*innen zusammenzuarbeiten. Als Beleg wird ein Foto mit einem angeblichen Schlepperboot angeführt. Jugend rettet gibt an, dies seien „engine fishers“, Menschen die Außenbordmotoren stehlen. Selbst Frontex bestätigt, dass engine fishers immer wieder bei Rettungsaktionen auftauchen würden. Jugend rettet ist eine der Organisationen, die den Verhaltenskodex der italienischen Regierung nicht unterschreiben wollen. Sechs von neun Rettungsorganisationen sahen sich inzwischen so weit unter Druck gesetzt, dass sie den Kodex unterschrieben. Übrig geblieben sind Ärzte ohne Grenzen, Sea Watch und Jugend rettet. Ihnen droht im Zweifelsfall das Verbot, italienische Häfen anzufahren. Währenddessen hat der wissenschaftliche Dienst des Bundestags ein zweites Gutachten vorgelegt, welches Italiens Vorgehen gegen die NGOs als rechtswidrig einstuft. Zudem geht das Gutachten davon aus, dass die EU keine Zuständigkeit habe, den italienischen Kodex in EU-Recht zu überführen. Auch der Juristische Dienst in Brüssel kam zu dem Ergebnis, dass weder der Rat der Europäischen Union (wo die Fachminister*innen zusammenkommen) noch der Europäische Rat (wo die Staats- und Regierungschef*innen zusammenkommen) rechtliche, sondern lediglich politische Entscheidungen fällen dürfe. Der italienische Verkehrsminister rückt inzwischen von dem Verhaltenskodex ab.

Inzwischen ist der Kodex aufgeweicht worden. Er ist nicht rechtlich bindend, nationales und internationales Recht haben Vorrang. Bewaffnete Polizist*innen müssen nicht an Bord genommen werden. Zudem können Menschen wieder an andere Schiffe übergeben werden sofern es von der Leitstelle in Rom angewiesen wird.

Währenddessen hat die libysche Marine verkündet, sie lasse keine ausländischen Schiffe ohne ihre Erlaubnis mehr die Küste in einer von ihr definierten Such- und Rettungszone anlaufen. Nichtregierungsorganisationen würden eine solche Erlaubnis nicht erhalten. Ärzte ohne Grenzen entschied sich daraufhin, die Rettungsaktionen auszusetzen. Selbiges ließ Sea Eye verlauten. Die libysche Regierung habe ihre Hoheitsgewässer einseitig ausgedehnt und drohe explizit Hilfsorganisationen, die Crews wären so gefährdet.

<http://www.zeit.de/2017/33/jugend-rettet-migranten-schmuggel-anschuldigung/komplettansicht> (09.08.17)

<http://www.tagesspiegel.de/politik/fluechtlinge-im-mittelmeer-gutachten-eu-darf-seenotretter-nicht-bremsen/20159680.html> (09.08.17)

<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2017-08/fluechtlinge-mittelmeer-libyen-marine-fluechtlingshelfer> (10.08.17)

<http://www.mdr.de/nachrichten/politik/ausland/fluechtlingsretter-verhaltenskodex-100.html> (11.08.17)

http://www.deutschlandfunk.de/fluechtlinge-aerzte-ohne-grenzen-setzt-einsaetze-auf-dem.1939.de.html?drn:news_id=779583 (13.08.17)

<http://www.mdr.de/nachrichten/politik/ausland/ngos-brechen-einsaetze-vor-libyen-ab-100.html> (13.08.17)
- Währenddessen kratzt das Schiff der Nazi-Bewegung der Identitären in gefährlicher Art und Weise an der Komplettblamage. Ihr Schiff hatte einen Maschinenschaden, geriet in Seenot und war manovrierunfähig. Das Boot der Sea Eye musste zur Hilfe kommen (und konnte so keine Rettungsaktionen durchführen), die wurde aber von den Nazis abgelehnt.

<http://www.tagesspiegel.de/politik/verwirrung-um-c-star-schiff-der-identitaeren-lehnt-hilfe-ab/20178000.html> (11.08.17)

- Nach wie vor werden unbegleitete minderjährige Schutzsuchende in Gefängniszellen in Griechenland inhaftiert. 117 Kinder sind nach offiziellen Zahlen davon betroffen. Der Leiter der SOS-Kinderdörfer in Griechenland, George Protopapas, spricht von einer lebensbedrohlichen Situation. Teilweise würden die Kinder mit ihnen vollkommen fremden Erwachsenen eingesperrt. Zu dem Problem trage bei, dass die EU finanzielle Hilfe inzwischen nicht mehr direkt an Hilfsorganisationen überweise sondern die Mittel zunächst der griechischen Regierung zukommen lasse. So müssten „die Organisations absurde bürokratische Hürden [...] meistern.“ so Protopapas. Die EU hat ein 209 Millionen starkes Hilfsprogramm aufgelegt, mit welchen Wohnungen und Häuser für Geflüchtete angemietet werden sollen. Das Ziel ist, auf diese Weise 30.000 Geflüchtete bis Jahresende unterzubringen.
<http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-08/griechenland-fluechtlinge-minderjaehrig-in-gefaengnissen-eingesperrt> (10.08.17)
- Rechtsradikale, darunter Mitglieder des Ku-Klux-Klans und Vertreter*innen der Alt-Right-Bewegung, haben in Charlottesville, Virginia in den USA dagegen protestiert, dass ein Denkmal eines Generals der Konföderation aus dem Sezessionskrieg entfernt wird. Von dieser Demonstration ging Gewalt gegen die Gegendemonstration aus, eine Frau wurde getötet. US-Präsident Donald Trump verurteilte die Gewalt explizit nicht als rassistisch und als die Tat von Nazis. Der Protest war weitreichend, mehrere Unternehmenschefs hatten seinen beratenden Industrierat verlassen, seine eigenen Parteimitglieder übten Kritik. Zwei Tage später sah er sich verpflichtet, dann doch von Rassismus zu sprechen. In vielen Städten und Gemeinden in den USA protestieren Menschen gegen white dominance und verlangten, Rassismus deutlich als solchen zu benennen.
Eigentlich gar nicht so überraschend, aber in dieser Deutlichkeit dann doch eindrücklich - das Zitat des früheren Ku-Klux-Klan-Anführers David Duke: „Das hier stellt für die Menschen aus diesem Land einen Wendepunkt dar. Wir sind entschlossen, unser Land zurückzugewinnen. Wir werden die Versprechen von Donald Trump erfüllen. Das ist es, woran wir glauben und warum wir Donald Trump gewählt haben. Weil er gesagt hat, er wird uns unser Land zurückgeben. Und das ist es, was er auch tun muss.“
<http://www.sueddeutsche.de/politik/kulturkampf-in-den-usa-trump-geisselt-rassistische-gewalt-von-charlottesville-1.3627905> (14.08.17)

Bund, Land, Kommune

- Zwölf Schutzsuchende wurden von der Bundespolizei versteckt auf Güterzügen im bayerischen Raubling entdeckt. Sie waren unterkühlt.
<http://www.rp-online.de/panorama/deutschland/illegale-einreise-auf-gueterzuegen-bundespolizei-entdeckt-fluechtlinge-unter-lkw-aufliegern-aid-1.7001746> (09.08.17)
- Bundeskanzlerin Angela Merkel unterstützt nun Pläne, Asylverfahren in Libyen durchzuführen. Haftlager sollten in „Aufnahmelager“ umgewandelt werden. Vorbild sei der nicht funktionierende EU-Türkei-Deal.
<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-08/merkel-pruefung-fluechtlinge-libyen> (11.08.17)
- Ein Großteil der ankommenden Schutzsuchenden leidet unter Traumata beziehungsweise ist psychisch erkrankt. Etwa ein Drittel leide unter Posttraumatischen Belastungsstörungen (verschiedene Zahlen zu verschiedenen Sachverhalten kursieren zu dem Thema. Der sächsische Ausländerbeauftragte gab vorvergangene Woche an, 60% hätten traumatisierende Erfahrungen durchlebt). Viele Menschen rutschen durch das System, ihre Belastungen und Erkrankungen in den Massenunterkünften von überlasteten

Sozialarbeiter*innen nicht erkannt, die Beratungs- und Behandlungsstellen zu wenig und die wenigen überlastet. Zudem müssen es nicht die Erfahrungen in den Herkunftsländern oder Fluchtrouten sein, die belastend wirken können. Auch in Deutschland könnten sich auf Grund von Angst und Unsicherheit psychische Krisen entwickeln. Die Angst vor der Abschiebung könne dabei ältere Belastungen gar überlagern. Bereits im März vergangenen Jahres forderte die Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde (DGPPN), dass Ankommende bei der medizinischen Erstuntersuchung auch auf psychische Belastungen hin untersucht werden sollen und Menschen in der Geflüchtetenarbeit zu sensibilisieren. Währenddessen eröffnete die Staatsministerin für Gleichstellung und Integration, Petra Köpping, nach Dresden und Leipzig das dritte Psychosoziale Zentrum in Chemnitz. Die Beratungsstelle muss allerdings für die tiefergehende Behandlung auf Fachärzt*innen oder Sozialpsychiatrische Dienste verweisen.

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-zahl-depressiver-und-traumatisierter-asylbewerber-waechst-a-1161722.html> (09.08.17)

- <https://www.freiepresse.de/LOKALES/CHEMNITZ/Anlaufstelle-fuer-psychisch-belastete-Fluechtlinge-eroeffnet-artikel9971723.php> (09.08.17)
- Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) geht bei zum Christentum konvertierten Schutzsuchenden in teils rechtswidriger Art und Weise vor, wie der Grünen-Politiker Volker Beck kritisiert. Es zählt nicht die pfarramtliche Bescheinigung, sondern allein die aus der Anhörung gewonnen Erkenntnisse. Regelmäßige Gottesdienstbesuche würden ignoriert, die Anhörer*innen und Entscheider*innen beim BAMF würden sich eine höhere Kompetenz bei der Beurteilung der Glaubensüberzeugung einer Person anmaßen als die Pfarrer*innen. BAMF und Bundesministerium des Inneren (BMI) geben in Briefen an Beck an, sie würden seine Kritik ernst nehmen und rollten einige bereits entschiedene Fälle neu auf. Das BMI bleibt bei der Überzeugung, dass eine Konversion nicht allein eine Verfolgungsfurcht begründe. Die Kirchen betonen, sie würden mit Taufen nicht leichtfertig umgehen.
<http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/glauben-oder-vorwand-getaufte-fluechtlinge-fordern- asyl-entscheider-heraus/20158488.html> (08.08.17)
- Vor einem Jahr wurde mit dem Integrationsgesetz die Vorrangprüfung für Geflüchtete ab dem vierten Monat nach Ankunft abgeschafft. Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles zog Bilanz und präsentierte die Zahl von 7.000 Geflüchteten, die dadurch eine Arbeit aufnehmen konnten. Die dann doch gering anmutende Zahl hat ihre Gründe: das Verfahren, Schutzsuchende in Arbeit zu bringen, bleibe aufwendig, so ein Vertreter der Industrie- und Handelskammer Stuttgart. Für viele Jobs müsste zudem ein hohes Sprachniveau erreicht werden – viele Geflüchtete aber haben keinen Zugang zu Sprachkursen. Im Handwerk sei der Arbeitsmarktzugang dennoch vergleichsweise unproblematisch. In Sachsen waren 2016 60% der Erwerbsfähigen aus den acht Hauptherkunftsländern (Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia, Syrien) ohne Arbeit.
<http://www.spiegel.de/karriere/vorrangpruefung-erleichterungen-fuer-fluechtlinge-am-arbeitsmarkt-a-1162174.html> (10.08.17)
- Die Landesregierung gibt in einer Anfrage des Mitglieds im Landtag, Juliane Nagel, an, dass das Sozialamt Pirna im Fall von Shabas al-Aziz für eine unterbrechungsfreie Versorgung mit Medikamenten gesorgt habe. Al-Aziz wurde im vergangenen Jahr im Mai von einer Bürgerwehr an einen Baum gefesselt. Im Januar dann erfor er in einem Waldstück bei Tharandt und wurde erst im April gefunden. Der Prozess um die Bürgerwehr wegen Freiheitsberaubung wurde kurz danach eingestellt. Eine Ärztin, die von der *taz* zitiert wird, widerspricht der Landesregierung hier. „In der Regel“ habe das Sozialamt die

Kostenübernahme für die Medikamente verweigert. Al-Aziz war chronisch an Epilepsie erkrankt.

<http://www.taz.de/!5439406/> (11.08.17)

- Menschen, die vor Ort in Bautzen aktiv sind, berichten dass es tatsächlich Nazis seien, die Geflüchtete dort terrorisieren würden. Menschen, wie der Vize-Landrat der CDU behauptet das Gegenteil. Selbige Person gibt auf Facebook auch Auskünfte über einzelne Schutzsuchende an Nazis weiter und trifft sich mit ihnen für drei Stunden im Landratsamt um dort über die Zukunft von einem einzelnen Schutzsuchenden zu sprechen. Der betroffene Geflüchtete ist ins Visier der Nazis geraten, er hatte mit seinem Suizid gedroht. Nun wurde er in eine Unterkunft abseits der Stadt verlegt und darf Bautzen nicht mehr betreten.
<http://www.mdr.de/investigativ/cdu-landrat-und-npd-mann-zu-fluechtling-bautzen-100.html> (09.08.17)
<http://www.zeit.de/2017/33/rechtsextremismus-bautzen-alexander-ahrens> (12.08.17)
- Das Kirchenasyl geriet in Bayern zunehmend in den Fokus von Strafverfolgungsbehörden, Pfarrer*innen sahen sich mit staatsanwaltlichen Ermittlungen konfrontiert. Nun hat der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer der evangelischen und katholischen Kirche Unterstützung zugesichert, solche „radikalen Schritte“ seien nicht gerechtfertigt, „in Bayern [stehe] Humanität an erster Stelle“. Es bleibt offen, zu welchem Bundesland die Gebiete gehören, auf denen die Abschiebelager Bamberg und Ingolstadt/ Manching stehen.
<http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/fluechtlinge-in-deutschland-seehofer-sagt-pfarrern-unterstuetzung-bei-kirchenasyl-zu/20180820.html> (12.08.17)
- In genau einem dieser Lager war eine Familie untergebracht, die vergangene Woche getrennt wurde. Der Vater verblieb in Deutschland, die Mutter wurde mit ihren drei Kindern abgeschoben. Die Familie hatte bereits zuvor einen wahnsinnig schiefgelaufenen Abschiebeversuch zu erdulden gehabt, die zweijährige Tochter war daraufhin traumatisiert, verweigerte die Nahrungsaufnahme und verletzte sich selbst. Mit zwei Jahren. Dann folgte ein zweiter Abschiebeversuch, am 1. August dann konnte Bayern Vollzug melden: Mutter und Kind landeten in Tirana, Albanien. Für die Mutter lag ein Attest vor, dass die Reiseunfähigkeit bestätigte. Das Gericht bestätigte, es habe es aus Zeitmangel nicht überprüfen können. Zudem sollte am 9. August die Tochter ärztlich untersucht werden. Der bei der Abschiebung am Flughafen anwesende Amtsarzt bestätigte dagegen die Reisefähigkeit. Der *BR* schließt mit recht deutlichen Worten: „Zahlreiche Abschiebefälle, von denen der BR Kenntnis hat, sprechen allerdings eine andere Sprache: Nämlich, dass die bayerischen Behörden regelmäßig die Atteste verschiedener Fachärzte umgehen oder umdeuten, wenn es um die Bewohner der Sonder-Unterkünfte in Bamberg oder Ingolstadt geht.“
<http://www.br.de/nachrichten/abschiebung-albanische-familie-100.html> (09.08.17)
- Um die 5.000 Geflüchtete in Sachsen haben keinen Schulabschluss. Die sächsische Landesregierung will nun ein Curriculum testen, mit dem zunächst 300 Geflüchtete diesen erlangen um so eine Ausbildung beginnen zu können.
<http://www.mdr.de/nachrichten/wirtschaft/regional/wenige-fluechtlinge-sachsen-azubis-100.html> (09.08.17)
- Das Landgericht Dresden hat Richter Jens Maier einen Verweis erteilt. Er ist nun nicht mehr für Medien- und Presserecht zuständig. Maier habe gegen das Mäßigungsgebot, definiert im Deutschen Richtergesetz, verstoßen als er Sachen wie „Schuldskult“ und „Mischvölker“ meinte sagen zu müssen bevor Björn Höcke im Ballhaus Watzke in Dresden rhetorisch dann noch einen Zahn zulegte. Beide sollten aus der Partei ausgeschlossen werden, dies ist nicht gelungen. Im Gegenteil, Maier steht auf Platz 2 der sächsischen Landesliste für die Bundestagswahl und ist Direktkandidat in Dresden.

<http://www.mdr.de/sachsen/dresden/landgericht-dresden-erteilt-afd-richter-verweis-100.html>
(11.08.17)

Hintergrund und Meinung

- Eine eindrückliche Reportage der *Zeit* über das Schicksal einer Familie, die der lange und bürokratische Weg des Familiennachzugs zermürbt. Während Maher Khwis in Deutschland politisches Asyl gewährt wurde, ist seine Frau Amal Khwis mit den beiden Kindern nach wie vor in Libanon. Obwohl Maher Khwis Anspruch auf den Nachzug seiner Familie hat, muss seine Familie fünfmal die Odyssee vom Süden Syriens nach Beirut im Libanon auf sich nehmen. Die Reportage zeigt, wie kleingeistig deutsche Behörden bei Anträgen auf Familiennachzug sein können und welche Auswirkungen das auf eine Familie im Krieg hat.
<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-08/fluechtlinge-familiennachzug-syrien> (14.08.17)
- Die öffentliche Hand zeigt sich zunehmend nachlässig gegenüber Vereinen, Stiftungen und Organisationen, die sich der deutsch-tschechischen Freundschaft gewidmet haben. Betroffen ist unter anderem die Dresdner Brücke/Most Stiftung. Sie muss gegen Ende des Jahres schließen, die Landesregierung sah sich nicht in der Lage, die Stiftung aus einer finanziellen Notlage herauszuhelfen. Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. verliert damit eine wichtige, zivilgesellschaftliche Partnerin.
<http://www.sueddeutsche.de/politik/aussenansicht-der-vergessene-nachbar-1.3626629> (13.08.17)

Der Pressespiegel wird herausgegeben von:

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.
Dammweg 5
01097 Dresden
E-Mail: info@saechsischerfluechtlingsrat.de

Refugee Law Clinic Leipzig
Burgstraße 27
04109 Leipzig
Email: refugeelawclinic@uni-leipzig.de

Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. wird gefördert durch:

PRO ASYL
FÖRDERVEREIN PRO ASYL E.V.

Leben retten – Rechte schützen

 UNO-Flüchtlingshilfe